

## Mein Rechenschaftsbericht

# 2010 2011

### Liebe Bonnerin, lieber Bonner,

erneut möchte ich Sie mit meinem Rechenschaftsbericht auch außerhalb von Wahlkampfzeiten über meine Arbeit als Bonns Bundestagsabgeordneter informieren. Es ist eine Bilanz der für Bonn relevanten Themen. Ich verzichte auf eine allgemeine Auseinandersetzung mit der Arbeit der schwarzgelben Bundesregierung.

Natürlich muss ich mich bei vier Seiten auf einige wenige Themen beschränken. Unter [kelber.de](http://kelber.de) finden Sie ausführlichere Informationen. Oder mein Bürgerbüro sendet Ihnen gerne Material zum gewünschten Thema zu.

Besonders freue ich mich auch über ein persönliches Gespräch: Sei es in meinen Bürgersprechstunden oder auf anderen öffentlichen Terminen.




**Ulrich Kelber**  
Bonns Bundestagsabgeordneter

## Regierung bricht Berlin-Bonn-Gesetz

**SPD**

**Der Dambruch droht: Die schwarzgelbe Bundesregierung nimmt den angekündigten klaren Bruch des Berlin-Bonn-Gesetzes durch Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hin.**

Von den derzeit 2.500 Beschäftigten des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn sollen wohl in wenigen Jahren nur noch 500 am Rhein sitzen. 1.000 Beschäftigte werden schon jetzt im Rahmen der Bundeswehrreform vom Ministerium in Bonner Bundesbehörden verlegt, wobei hier gleichzeitig 800 Stellen abgebaut werden. Darüber hinaus plant der Minister offen, 1.000 weitere Beschäftigte des Ministeriums in Schritten bis 2017 nach Berlin zu verlagern.

Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber kämpft zusammen mit den Landesregierungen NRW und Rheinland-Pfalz, den regionalen Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie den Kommunalpolitikern aller Parteien vehement gegen die Pläne de Maizières: „Ein deutscher Minister muss sich an Recht und Gesetz halten. Ich erwarte jetzt, dass die Bundeskanzlerin ihren Minister stoppt und ihn nicht mit der Aussage, den Umzug zunächst zurückzustellen, durchkommen lässt. Wir wollen die Zusage, dass es nicht zur weiteren Verlegung von Arbeitsplätzen des Ministeriums von Bonn nach Berlin kommt. Sie hat persönlich

mehrfach die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes zugesagt.“

Von der in diesem Gesetz Bonn zugesagten Mehrheit der Beschäftigten aller Bundesministerien bliebe nach den Plänen des Verteidigungsministers nichts mehr. Schon heute arbeiten 10.000 Ministerielle in Berlin und nur noch 8.300 in Bonn. Setzt sich de Maizière durch, würde sich das Verhältnis auf 11.000 zu 6.300 verschlechtern. Ulrich Kelber und die anderen Abgeordneten fürchten eine Rutschbahn, weil bei einem Erfolg de Maizières auch andere Minister versuchen könnten, immer mehr Mitarbeiter von Bonn nach Berlin zu verlagern. „Eingerechnet der Verbände und Dienstleister, die sich nur wegen der Ministerien in Bonn angesiedelt haben, gefährdet die Bundesregierung damit 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze in der Region“, bewertet Bonns Bundestagsabgeordneter die Situation.

### Inhalt

10 Punkte für Bonn.....	2
Die Welt schaut auf Bonn.....	2
Bonn muss leiser werden.....	3
Sauber, sicher & bezahlbar..	4
Wolkenkuckucksheime „Ennertaufstieg“ & „Süd- tangente“ .....	4
Kurznachrichten.....	4

**10 PUNKTE FÜR BONN**

Zwischenstand meiner 2009 für die nächsten vier Jahre als Ziel benannten „10 Punkte für Bonn“



**ERHALT BERLIN-BONN-GESETZ**

Mit den Umbauplänen des Verteidigungsministeriums plant die CDU/CSU/FDP-Regierung einen klaren Bruch des Berlin-Bonn-Gesetzes. Dagegen kämpfen wir parteiübergreifend in der Region. Zuvor konnten wir - etwa bei BaFin und GIZ, die Angriffe auf Bonn abwehren.



**AUSBAU INTERNATIONALES ZENTRUM**

Bonn ist nun erster Dienstsitz der GIZ. Auch der Globale Nutzpflanzenfonds GCDT wird 2012 nach Bonn ziehen. Kein Fortschritt gibt es dagegen bei der für Ansiedlungen wichtigen Klärung des Rechtsstatus für internationale Organisationen.



**FAIRNESS FÜR TELEKOM/POST**

Schwarzgelb benachteiligt weiter Post und Telekom. Die Möglichkeiten für Investitionssicherheit, die die EU geschaffen hat, werden nicht in nationales Recht umgesetzt und den Konkurrenten im Postsektor weiter staatlich subventionierte Dumpinglöhne ermöglicht. Das gefährdet über 20.000 Bonner Jobs.



**STADTWERKE FÖRDERN**

Die erzwungene Rücknahme der Laufzeitverlängerung stärkt die Bonner Stadtwerke mit ihren 2.250 Arbeitsplätzen. Die neue rot-grüne Landesregierung ermöglicht den Stadtwerken per Gesetz wieder wirtschaftliche Freiheiten, die Schwarzgelb ihnen genommen hatte.



**MEHR LÄRMSCHUTZ**

Es gibt gute Chancen für weiteren Lärmschutz an den Bonner Autobahnen. Stillstand herrscht dagegen bei der Umrüstung der alten, lauten Güterwaggons.



Foto © Stadt Bonn

**Die Welt schaut auf Bonn**

**Das internationale Bonn wächst: Schon fast 1.000 UN-Mitarbeiter arbeiten in unserer Stadt. Und Bonn ist nun erster Dienstsitz der 2011 durch Fusion von GTZ (Eschborn), DED und Inwent (beide Bonn) entstandenen neuen Entwicklungsorganisation GIZ.**

Dieser Erfolg kam nicht automatisch. Denn trotz klarer Regelungen im Berlin/Bonn-Gesetz (1994) schaffte es die hessische CDU, dass die Bundesregierung Bonn nur als den kleineren von zwei Dienstsitzen der GIZ festschreiben wollte. Es drohte ein Bedeutungs- und Arbeitsplatzverlust für Bonn.

Auf Bitte von Bonns Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und der beiden Bonner SPD-Landtagsabgeordneten Renate Hendricks und Felix von Grünberg griff dann die neue, SPD-geführte NRW-Landesregierung ein. Sie setzte den ersten Dienstsitz Bonn durch.

Bei der Ansiedlung des Globalen Nutzenpflanzenfonds (GCDT), der den Erhalt der Vielfalt unserer Nahrungspflanzen sichern soll, konnte sich Bonn gegen den Mitbewerber Genf durchsetzen. Bekannt wurde der GCDT durch die Saatgut-Bank im ewigen Eis von Spitzbergen.

**Gläserner Abgeordneter – Ehrensache**

„Deutschlands transparentester Abgeordneter“\*

Weitere detaillierte Informationen über die Steuerbescheide seit dem Jahr 2000, Abstimmungsverhalten, Auslandsreisen, Lobbyisten-Kontakte und Auszeichnungen für Transparenz unter [www.ulrich-kelber.de](http://www.ulrich-kelber.de).



Foto © F. Ossebrink

**EINKÜNFTE BUNDESPOLITIK 2010**

Diäten Bundestagsabgeordneter	91.763 Euro
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	41.407 Euro
Beirat Bundesnetzagentur	204 Euro

**SONSTIGE EINKÜNFTE 2010**

Aufsichtsrat Bonner Stadtwerke Energie	1.533 Euro
Beirat VPV (Versicherung)	1.505 Euro

**STEUERN 2010**

Einkommenssteuer	26.706 Euro
Solidaritätszuschlag	877 Euro

\*Zeitschrift Politik&Kommunikation



## In Bonn muss es leiser werden

**Erschreckend: Bonn ist die lauteste Stadt in NRW und auf Platz 4 in Deutschland. Bonn ist durch zwei der verkehrsreichsten europäischen Schienenstrecken, durch Straßen- und Fluglärm in hohem Maße betroffen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung leidet unter Verkehrslärm, der krank machen kann.**

Deswegen kämpft Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber schon seit Jahren für die Umrüstung der Güterwaggons, für Lärmschutz an den Autobahnen und deutlich schärfere Lärmschutzvorgaben für die Flughäfen Köln/Bonn und Hangelar.

Beim Schienenlärm zeigen in den letzten Jahren installierte Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster erste Wirkung. Auf Initiative von Ulrich Kelber werden derzeit in Bonn neuartige Schienenstegbedämpfer und schienennahe Mini-Lärmschutzwände erprobt. In Beuel wird Ende 2011 feststehen, welcher Lärmschutz kommen wird.

Es müssen aber auch die alten Güterwaggons umgebaut werden, um den Lärm zu halbieren. Moderne Personenverkehrszüge zeigen, dass es deutlich leiser geht. Die EU-Kommission schätzt die Kosten der Gesundheitsschäden durch Schienenlärm auf EU-weit 9 Mrd. € jährlich, die Umrüstung der 500.000 Güterwaggons dagegen würde einmalig nur 1 Mrd. € kosten! Unter Bundesverkehrsminister Ramsauer kommt das Umrüstprogramm aber nicht voran.

Endlich liegt auch die „Lärmkartierung“ der Bonner Autobahnen vor. In einigen Abschnitten werden Grenzwerte überschritten, dort besteht ein Anspruch auf Lärmschutz. Ulrich Kelber kämpft dafür, dass die Gelder schnellstmöglich fließen. Noch hochwertigeren Lärmschutz wird es geben, wenn die Mitnutzung der Standstreifen in Beuel zu drei vollwertigen Spuren ausgebaut wird. Dann darf der Lärm nämlich nur noch halb so hoch sein wie bei der Lärmsanierung an bestehenden Autobahnen.

### **+** BAFIN-ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

Nach unserem massiven politischen Druck verzichtet die Bundesregierung - zumindest vorübergehend - auf die ursprünglich geplante Verschmelzung von 1.400 Bonner BaFin-Jobs auf die Frankfurter Bundesbank.

### **○** HOCHSCHULPAKT

Die schwarzgelbe Bundesregierung verweigert die bessere Finanzausstattung der Hochschulen. Die neue rot-grüne Landesregierung hat die Studiengebühren wie versprochen abgeschafft und den Universitäten die Einnahmeausfälle vollständig ersetzt.

### **○** AUSBAU GANZTAGS-BETREUUNG

Das noch unter der SPD-Bundesregierung gestartete Programm für mehr Ganztags- und Kleinkindbetreuung läuft weiter. Ab 2013 gibt es den Rechtsanspruch für Krippenplätze. Bonn ist in NRW Spitzenreiter, trotzdem fehlen noch viele Plätze.

### **○** VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die provisorische Dreispurigkeit von A59 und A565 ist weitgehend hergestellt, die Planungen für einen endgültigen Ausbau mit Lärmschutz laufen. Beim Autobahnanschluss Maarstraße beginnt 2012 die Bürgerbeteiligung. Nur bei der S13 gibt es keine Fortschritte.

### **-** BEETHOVEN-FESTSPIELHAUS

Das Durcheinander der Bonner Kommunalpolitik beim Beethoven-Festspielhaus ist ein großer Fehler. Bonner Unternehmen hätten die Baukosten übernommen, die Bundesregierung – u.a. auf meine Initiative hin – sich mit 39 Mio. € an der Stiftung beteiligt. Gut, dass Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch jetzt eine neue Initiative startet.

**ERNEUT NOTE „SEHR GUT“**

Das Bürgerbeteiligungs-Internetportal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) hat Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber im Juli 2011 erneut die Note „sehr gut“ für bürgerfreundliches und transparentes Verhalten verliehen. Unter allen NRW-Bundestagsabgeordneten ist er auf Platz 1! Bewertet wurde, ob, wie und wie schnell öffentliche Fragen von Bürgerinnen und Bürger beantwortet wurden.

**SCHWARZGELB STREICHT BEI BONNS ARBEITSLOSEN**

Der Wirtschaftsaufschwung ist eine große Chance, auch Langzeitarbeitslose und benachteiligte Jugendliche wieder in Arbeit zu bringen. Diese Chance verspielt die schwarzgelbe Bundesregierung, weil sie das Geld für Weiterbildung und Eingliederungsmaßnahmen massiv zusammenstreicht. 2011 werden alleine in Bonn 7 Mio. €, also fast 20% der Mittel gestrichen. 2012 wollen CDU/CSU und FDP weitere 15% kürzen. Die Kürzungen treffen die Schwächsten, verlängern Arbeitslosigkeit und verhindern die Weiterqualifikation zu gesuchten Fachkräften.

**JÄHRLICH 20 MIO. € ENTLASTUNG**

Der städtische Bonner Haushalt wird unerwartet finanziell entlastet. Die SPD konnte in den „Hartz IV“-Verhandlungen durchsetzen, dass den Kommunen die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter vollständig ersetzt werden. Alleine Bonn wird so um mehr als 20 Mio. € jährlich entlastet.

**MEIN BONNER BÜRGERBÜRO:**

Clemens-August-Str. 64, 53115 Bonn  
Tel. 0228/280 3135  
Fax 0228/280 3136  
[ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)  
[www.ulrich-kelber.de](http://www.ulrich-kelber.de)



Foto © Stadtwerke Bonn

**Sauber, sicher und bezahlbar**

**Als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender war Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber Wortführer gegen die Atomkraft-Laufzeitverlängerung.**

Der Erfolg hat gerade auch für Bonn und die Bonner Stadtwerke besondere Bedeutung. Wenn RWE, EON & Co. nun den Markt nicht mehr dominieren können, ist auch die wirtschaftliche Gefahr für das neue, 80 Millionen Euro teure Kraftwerk der Stadtwerke in Endenich gebannt. Gleichzeitig werden die Bonnerinnen und Bonner

so unabhängig von der Preistreiberei der großen Stromkonzerne. Denn mit dem neuen Kraftwerk werden die Stadtwerke kaum Strom an der von den Konzernen beherrschten Strombörse einkaufen müssen, weil sie ihn jetzt selbst produzieren. Und das neue Kraftwerk ist sehr umweltfreundlich: Mit Mülldampf und Erdgas wird gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt. Außerdem ist es hochflexibel, um die Produktion ideal mit den Erneuerbaren Energien zu kombinieren.

**Wolkenkuckucksheime „Ennertaufstieg“ & „Südtangente“**

**Aus der CDU kommen wieder Forderungen nach einer Straßenverbindung zwischen A3 und A565 quer durch Bonn („Südtangente“ und „Ennertaufstieg“).**

Dies würde nicht nur wichtige Naherholungsgebiete zerstören, sondern gefährdet durch den zu erwartenden Streit auch die realistische Lösung der Verkehrsprobleme in der Region. 40 Jahre lang wurden diese neuen Straßenverbindungen immer wieder angekündigt, nichts passierte. In Berlin planen Bundesverkehrsminister Ramsauer und die schwarzgelbe Bundesregierung aus Geldmangel zwei Drittel aller Verkehrsprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen. Damit sind die schon geplanten und dringend notwendigen Verbreiterungen von A59 und A565 gefährdet, wenn die Region nicht zusammensteht.

Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber erinnert daran, dass die Verbreiterung der A59 von St. Augustin bis Ramersdorf und der A565 auf der Beueler Seite erst auf seine Initiative hin 2003 neu in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurden, zwei der drei Projekte sogar im vordringlichen Bedarf. Mit dem Ausbau kämen auch die gesetzlich vorgeschriebenen umfangreichen Lärmschutzmaßnahmen für die Anlieger. Kelber fordert neben dem Ausbau des Autobahnringes rundum Bonn auch Entlastungsmaßnahmen in der Siebengebirgsregion und setzt dabei vor allem auf dezentrale Lösungen. Jetzt wieder über Wolkenkuckucksheime wie „Südtangente“ und „Ennertaufstieg“ zu streiten, lässt nur in anderen Regionen die Sektkorken knallen. Wenn das Rheinland sich streitet, wird anderswo gebaut, erinnert er die CDU.

Foto © TrudiDesign | Fotolia.com